



Silke Gardlo
Silke Gardlo
Fraktionsvorsitzende

**Liebe Leserinnen,
liebe Leser,**

die letzte Regionsversammlung vor den Sommerferien, und damit auch die letzte vor der Kommunalwahl hat stattgefunden.

Wie man der Fülle dieses Newsletters entnehmen kann, haben wir in der letzten Sitzung viele Themen bearbeitet: von Klimaschutz und Schutzgebietsverordnungen über Wohnraumförderung und Jugendbeteiligung. Hier konnten wir einige unserer Anliegen zum Ende der Wahlperiode in die Tat umsetzen!

Viel Spaß beim Lesen!

**Die SPD-Regionsfraktion
wünscht allen Mitbürgerinnen
und Mitbürgern**

*eine
schöne
Sommerzeit!*



**SPD-Regionsfraktion sieht sich
durch Besuch bei der MHH bestätigt:
Der geplante Neubau benötigt
eine direkte Stadtbahnanbindung**

Mitglieder der SPD-Regionsfraktion Hannover haben am Montag, den 19. Juli 2021 die MHH besucht. Durch den Landesbeschluss, den MHH-Neubau am Stadtfelddamm zu entwickeln, ergibt sich eine neue Situation für die Erschließung durch den ÖPNV. Gemeinsam mit dem Präsidium und der Personalvertretung der MHH sowie

der Fachverwaltung der Region Hannover haben wir uns den aktuellen Planungsstand und mögliche Varianten vorstellen lassen.

Die SPD-Regionsfraktion sieht sich nach diesem Austausch in ihrer Auffassung bestätigt: eine direkte Stadtbahnanbindung für den Neubau der MHH ist unbedingt notwendig.

„Wir können uns nicht vorstellen, dass ein Projekt dieser Größenordnung ohne eine gute Anbindung an den Öffentlichen Personennahverkehr geplant wird.“

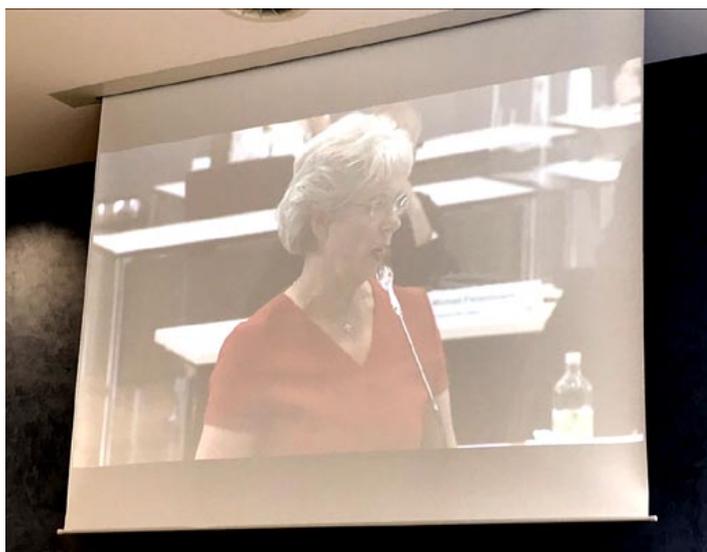
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Besucherinnen und Besucher benötigen zwingend ein attraktives Angebot, um die MHH zu erreichen.

Wir werden uns als SPD-Regionsfraktion weiter dafür einsetzen, die Idee einer direkten ÖPNV-Anbindung zu verwirklichen“, so die Vorsitzende der SPD-Regionsfraktion Hannover, Silke Gardlo.



Unser Einsatz für mehr bezahlbaren Wohnraum

1. Förderweg mit 5,60 €/m² Einstiegsmietrate wird gestärkt und 2. Förderweg mit 7,50 €/m² Einstiegsmietrate neu geschaffen!



Elke Zach | Sozial- und wohnungsbaupolitische Sprecherin der SPD-Regionsfraktion bei ihrer Rede in der Regionsversammlung

Sowohl in der extra dafür einberufenen Sondersitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen und Gesundheit als auch in der letzten Regionsversammlung vor der Sommerpause wurde eine Neufassung des Wohnraumförderprogramms und damit auch ein Änderungsantrag der GroKo in der Region Hannover beschlossen. Die Neufassung war aufgrund der allgemeinen Baukostensteigerungen und der Kompatibilität zur Landeswohnraumförderung notwendig geworden.

„Das ist der richtige Schritt, um den spürbaren Mietpreissteigerungen in der Region Hannover entgegenzuwirken und mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen“, so Elke Zach, sozial- und wohnungsbaupolitische Sprecherin der SPD-Regionsfraktion.

Wir unterstützen diese Neufassung ausdrücklich, da sie wichtige Bausteine dafür enthält, dass die Attraktivität des Wohnraumförderprogramms für Investoren zunimmt und gleichzeitig die Mieten so niedrig bleiben, dass sie Menschen, die darauf angewiesen sind, ein Zuhause bieten.

Die beschlossene Vorlage enthält unter anderem:

- die Anhebung der Fördersätze um ca. 50%,
- die Verlängerung der Bindungslaufzeit von 20 auf 35 Jahre
- niedrige Einstiegsmietmieten von 5,60 €/m².

Der Bedarf an Sozialwohnungen in der Region ist ge-

stiegen – bis 2025 braucht es 7.000 neu geförderte Wohnungen. Um diesem Trend entgegenwirken und mehr Dynamik beim Bau von Sozialwohnungen erzielen zu können, stocken wir die Mittel für den 1. Förderweg des Wohnraumförderprogramms mit unserem Änderungsantrag bedarfs- und nachfragegerecht auf 10 Mio. Euro auf.

Während der Corona-Pandemie wurde in der öffentlichen Debatte viel von den systemrelevanten Berufen gesprochen und es wurden die Arbeitsbedingungen z.B. von Kassen- und Pflegepersonal kritisiert. Was diese Berufsgruppen neben den oft schlechten Arbeitsbedingungen zusätzlich belastet, sind die für sie kaum noch bezahlbaren Mieten im Bestand und schon gar nicht im Neubau bei Mieten zwischen 10 und 12 Euro.

„Gerade diese Berufsgruppen haben ebenfalls unsere Unterstützung bei der Wohnraumförderung verdient, damit sie die aktuellen Mietpreissteigerungen nicht unverhältnismäßig stark belasten – das ist die Solidarität, von der immer geredet wurde, ganz praktisch in die kommunale Wohnungsmarktpolitik übersetzt. Die Einstiegsmietrate wird bei 7,50 €/m² liegen und die Förderung im 2. Förderweg soll

Personen zu Gute kommen, die bis zu 40% über den Einkommensgrenzen des B-Scheins liegen,“ erklärt Elke Zach den Änderungsantrag.

Die Stoßrichtung der Einführung eines zweiten Förderweges ist klar: Es geht darum, Ungerechtigkeiten zwischen den verschiedenen unteren Lohngruppen zu vermeiden. Wenn Geringverdienende nämlich die Brutto-Einkommensgrenzen für den B-Schein von 17.000 Euro in einem Ein-Personen-Haushalt oder 23.000 Euro in einem Zwei-Personen-Haushalt im vorigen Fördermodell überschritten, bekamen sie keine Unterstützung. Der nun eingebrachte Änderungsantrag geht dieses Problem an.

Auch, wenn es wegen der finanziellen Engpässe in den kommenden Haushaltsjahren der Region keine Selbstverständlichkeit darstellt, haben wir uns dazu entschieden, den 2. Förderweg im Wohnraumförderprogramm auf fünf Jahre auszulegen und ab 2022 insgesamt fünf Mio. Euro pro Jahr dafür zur Verfügung zu stellen.

„Der hart arbeitende Teil der Bevölkerung in der Region wird es uns danken, dass auch sie zukünftig über einen erweiterten B-Schein Wohnraumförderung erhalten und sich die Mieten dadurch besser leisten können“, stellt Elke Zach abschließend fest.



Nachtangelverbot ersatzlos gestrichen! – Regionsversammlung beschließt entsprechenden Verordnungsentwurf für das Landschaftsschutzgebiet „Untere Leine“

Die Regionsversammlung hat am 20. Juli 2021 über die Sicherung des letzten von insgesamt 26 Gebieten in der Region Hannover, die nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der Europäischen Union (EU) durch eine Unterschutzstellung rechtlich gesichert werden müssen, beraten.

In dem Verordnungsentwurf für das Landschaftsschutzgebiet „Untere Leine“ hat sich die Verwaltung der Region Hannover in ihrer Stellungnahme für eine restlose Streichung des Nachtangelverbots ausgesprochen. Die SPD-Regionsfraktion begrüßt den nun vorgelegten Entwurf und, dass damit bei dem Konfliktthema nun endlich Klarheit besteht. „Wie wir von Anfang an gesagt haben, stellt das Nachtangeln in diesem Gebiet der Leine keinen signifikanten Eingriff in die dort lebende Flora und

Fauna dar“, so Silke Gardlo, Fraktionsvorsitzende der SPD-Regionsfraktion.

„In vielen Gesprächen mit den Anglervereinen und -verbänden vor Ort konnten wir uns einen guten Eindruck davon verschaffen, dass die Anglerinnen und Angler die Natur nicht etwa stören, sondern sich im Gegenteil in vielfältiger Weise für den Naturschutz engagieren, so z.B. durch die Wiederansiedlung bedrohter Fischarten oder durch ihre konstruktiven Vorschläge zur Renaturierung des Flusslaufes der Leine“, sagt Silke Gardlo. „Ihnen pauschal ein nachhaltiges Störpotenzial zu unterstellen ist haltlos. Selbstverständlich müssen sich Anglerinnen und Angler, wie alle anderen auch, im zukünftigen Landschaftsschutzgebiet an der „Unteren Leine“ an Regeln halten, um die dort lebenden Fischarten, Biber, Fledermäu-



Silke Gardlo | Vorsitzende der SPD-Regionsfraktion bei ihrer Rede in der Regionsversammlung

se sowie Brut- und Rastvögel nicht zu stören. Aber wir von der SPD-Regionsfraktion sind uns sicher, dass die dort aktiven Anglerinnen und Anglern einen verantwortungsvollen Umgang mit der sie umgebenden Natur

pflügen: Nachtangeln und Naturschutz müssen kein Widerspruch sein, sie sind vielmehr auch im Einklang miteinander möglich“, stellt Silke Gardlo abschließend fest.

Jugendbeteiligung in der Region Hannover breiter und professioneller aufstellen



Rudolf Alker | Jugendpolitischer Sprecher der SPD-Regionsfraktion bei seiner Rede in der Regionsversammlung

Sowohl der Jugendhilfeausschuss als auch die Regionsversammlung haben den gemeinsam mit unserem Koalitionspartnereingebrachten Antrag zur Beteiligung von Jugendlichen in der Regi-

on Hannover beschlossen. Hierdurch haben wir für uns wichtige Eckpunkte definiert, die die Jugendbeteiligung in der Region Hannover in Zukunft prägen sollen. Unser Ziel ist es dabei, dass wir

Wege finden durch ernsthaft gemeinte Einbindung Interesse an der Mitgestaltung unserer Gesellschaft zu wecken und bereits vorhandene Strukturen zu stützen. Jugendbeteiligung ist somit nicht nur ein Instrument des Informationsaustausches, sondern auch ein wichtiges Instrument, um Politikverdrossenheit entgegenzuwirken und einen generationsübergreifenden Konsens zu fördern, durch den letzten Endes gemeinnütziges, bürgerschaftliches Engagement gefördert werden kann.

Ein wichtiger Baustein der zukünftigen Jugendbeteiligung sollen projektförmige Beteiligungsformen sein, bei denen Jugendliche konkret

erfahren können, was es bedeutet das eigene Umfeld mitgestalten zu können. Neben eigenen Projekten kann die Region auch die Städte und Gemeinden bei Beteiligungsvorhaben unterstützen. Damit die Projekte gut gelingen, werden sie durch eine eigens dafür geschaffene Stelle hauptamtlich begleitet. Schlussendlich ist uns wichtig, dass eine dem Alter angemessene Beteiligung an Entscheidungen nicht erst bei Jugendlichen beginnen muss. Aus diesem Grund haben wir einen Wettbewerb ausgelobt, der kreativen Ideen zur altersentsprechenden Mitwirkung von Kindern im Kindergarten prämiiert.

Jugendbeteiligung in der Region Hannover breiter und professioneller aufstellen

Vorliegender Antrag ist das Ergebnis einer intensiven Diskussion und eines längeren Abstimmungsprozesses, auch über unsere Fraktionsgrenzen hinweg. Leitgedanke bei allen Überlegungen war:

Was können wir als Regionspolitikerinnen und -politiker tun, um mehr junge Menschen zu motivieren, für ihre Interessen einzutreten.

Wie können wir sie darin bestärken und unterstützen, ihre Rechte wahrzunehmen und eigene Vorhaben durchzusetzen und damit einen Beitrag leisten, einer Politikverdrossenheit schon in jungen Jahren entgegenzuwirken.

Der erste Aufschlag ist schon vier Jahre her: 2017 gab es den Versuch einer Bestandsaufnahme mit einer Umfrage in den Kommunen zu Art und Umfang der Beteiligung von Jugendlichen am politischen Geschehen.

Mit einer sich anschließenden Vorlage der Verwaltung gaben wir uns nicht zufrieden, es folgte ein erstes interfraktionelles Gespräch zu dieser Thematik, welches sehr kooperativ verlief.

Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bei den Teilnehmern der anderen Fraktionen, Herrn Nagel, Frau Arikoglu und Frau Kaußen bedanken, die 2019 dieser Einladung unseres damaligen jugendpolitischen Sprechers Herrn Dr. Härdrich gefolgt waren.

Im Ergebnis waren wir uns einig: Um ein erfolversprechendes Konzept auf den Weg bringen zu können, ist eine externe Beratung sinnvoll und notwendig.

Insofern kam es - mit Corona-bedingten Verzögerungen - Ende letzten Jahres endlich zu einer Anhörung mit Prof. Dr. Stange, der überregional bekannten Koryphäe mit einem breiten Spektrum an Erfahrungen und Expertisen auf diesem Gebiet.

Die zentralen Ergebnisse dieser Anhörung sind in dem nun zur Beschlussfassung vorliegendem Antrag zusammengefasst.

Bei der Partizipation von Kindern und Jugendlichen geht es zunächst grundsätzlich darum, ihnen zuzuhören, ihre Gedanken zu akzeptieren – es geht nicht um Vereinnahmung.



Bei der Partizipation von Kindern und Jugendlichen geht es zunächst grundsätzlich darum, ihnen zuzuhören, ihre Gedanken zu akzeptieren – es geht nicht um Vereinnahmung.

Die vielfältigen Erfahrungen und Untersuchungen von der Arbeit mit Jugendlichen zeigen, dass diese immer dann zur Teilnahme und Mitwirkung zu bewegen sind, wenn

- a) sie niedrigschwellig eingebunden werden und
- b) sie zu der Überzeugung gelangen und das Gefühl haben, ernst genommen zu werden.

Wie bei vielen anderen Situationen im Leben gilt auch hier: Man sollte die Menschen da abholen, wo sie sind.

Und das ist bei Jugendlichen im Regelfall ihr persönliches Umfeld, ihre Schule, Verein oder Jugendeinrichtung, ihr Stadtteil, ihre Gemeinde, ihre Stadt. Hier können sie am ehesten motiviert werden sich zu engagieren, mitzumachen, etwas auf den Weg zu bringen.

Und das, wofür man sich engagiert, sollte überschaubar, im persönlichen Umfeld, in einer absehbaren Zukunft und nicht erst nach Jahren erreichbar sein.

Insofern geht der Auftrag an die Verwaltung, in Kooperation mit den Städten und Gemeinden eine Förderrichtlinie zu erarbeiten, welche das beschriebene Ziel umsetzen soll. Es geht um niedrigschwellige Projekte, in deren Planung und Umsetzung Jugendliche vor Ort in ihrer Heimatkommune einbezogen und maßgeblich beteiligt werden.

Das kann die Gestaltung öffentlicher Plätze genauso sein wie das allgemein bekannte Beispiel des Bauwagens, die Renovierung und Gestaltung von eigenen Räumen, aber auch die Beteiligung an Radwegeplanungen

oder auch die Einbindung in Maßnahmen der Schulwegsicherung.

Denn: Für das, was ich selbst gestalte, bin ich auch bereit mich selbst stärker einzubringen und verantwortlich zu fühlen.

Beteiligung stärkt Selbstbewusstsein, die Kooperationsfähigkeit und erhöht das Verantwortungsbewusstsein. Nicht zuletzt ist solch ein Engagement ein wichtiger Baustein für Toleranz und der Stärkung demokratischer Strukturen.

Dabei halten wir es für wichtig, langjährige Erfahrungen einzubeziehen und auf diesen aufzubauen, etwa was bereits bestehende Jugendparlamente betrifft.



Für das, was ich selbst gestalte, bin ich auch bereit mich selbst stärker einzubringen und verantwortlich zu fühlen.

Dabei ist jedem klar: Lebenswege in jungen Jahren ändern sich ständig. Die jungen Menschen, mit denen man noch vor kurzem gerechnet, mit denen man sich zusammen engagiert hat, sind oft schon morgen wieder woanders, weil ihre Lebensplanungen sich entsprechend geändert haben.

Das muss ein Konzept zur Jugendbeteiligung berücksichtigen.

Sämtliche empirischen Untersuchungen haben gezeigt:

Will man dauerhaft und verlässlich Beteiligungsprozesse mit Jugendlichen initiieren und am Laufen halten, so geht das nur mit einem eigenen Budget und einer hauptamtlichen Unterstützung.

Dadurch kann man einerseits deutlich machen, dass man Interessen von Jugendlichen ernst nimmt und bereit ist, Geld dafür in die Hand zu nehmen.

Zum anderen soll eine erwachsene Begleitung erfahrene Unterstützung gewährleisten, wenn sie angefordert wird; sie steht sowohl für Kontinuität und Vernetzung als auch für einen effektiven Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen allen Kommunen in der Region.

Punkt 5 bezieht sich auf die frühe Unterstützung bei der Mitwirkung von Kindern wie sie das KiTaGesetz und das SGB VIII vorsieht. Hier wird eine altersentsprechende Mitwirkung angeregt – sei es beispielsweise bei der Spielebeschaffung oder bei der Essensauswahl. Vielleicht gibt es ja auch noch andere kreative Ideen. Das wollen wir durch einen Wettbewerb fördern und unsere Kindertagesstätten dazu animieren.

Last not least: "Pimp your town" ist ein erfolgreiches Demokratieplanspiel auch bei uns auf Regionsebene. Die Fortführung ist uns wichtig – auch als Instrument der politischen Willensbildung.

Ich freue und bedanke mich, dass wir mit den Kolleginnen und Kollegen unseres Gruppenpartners CDU in konstruktiven Gesprächen zu guter Letzt Einigkeit erzielen konnten und nun einen aus meiner Sicht wegweisenden Auftrag an die Verwaltung hier und heute auf den Weg bringen.

Im Jugendhilfeausschuss wurde dieser Antrag einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen; ich hoffe in der Versammlung gleich auf das gleiche Ergebnis!

Hier geht es zum Antrag „Eckpunkte für ein Jugendbeteiligungskonzept in der Region Hannover“

pdf-Dokument | 150 kb

Verbesserung der medizinischen Versorgung von Menschen in Wohnungslosigkeit und prekären Lebenslagen



Elke Zach | Sozial-, wohnungs-
bau- und gesundheitspoli-
tische politische Sprecherin
der SPD-Regionsfraktion

Die Vorlage „Eckpunkte zur Verbesserung der medizinischen Versorgung von Menschen in Wohnungslosigkeit und prekären Lebenslagen“ wurde sowohl im Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen und Gesundheit als auch in der Regionversammlung beschlossen.

„In dem Eckpunkte-Papier kann ich an vielen Stellen einen deutlichen sozialpolitischen Fortschritt erkennen“, kommentiert Elke Zach, sozialpolitische Sprecherin der SPD-Regionsfraktion den Beschluss.

„Dabei geht es um die Einlösung des universellen Menschenrechts, allen Menschen unabhängig von ihrem gesellschaftlichen Status im Krankheitsfall Zugang zur Gesundheitsversorgung zu gewähren. In der Praxis

gestaltet sich dies jedoch oft schwierig, weil die Betroffenen aufgrund von Angst, Scham oder dem Verlust der Fähigkeit zur Selbstorganisation einen Arztbesuch meiden oder sich erst dann helfen lassen, wenn Krankheiten weit fortgeschritten sind oder es sich um akute Notfälle handelt“, erklärt Elke Zach und weiter: „Zudem besitzen viele der wohnungslosen Menschen keinen gesicherten Aufenthaltsstatus und/oder sind nicht gesetzlich krankenversichert und scheuen deshalb Arzt- und Krankenhausbesuche bis es nicht mehr anders geht.“

Das in der Landeshauptstadt und Region Hannover vorhandene System der medizinischen Versorgungsangebote für Wohnungslose und Obdachlose hat sich in den letzten Jahren immer weiter ausdifferenziert und stark verbessert – wichtige strukturelle Probleme und Mängel sind aber geblieben und deshalb freuen wir uns über die Eckpunkte.“

Die Eckpunkte im Einzelnen und wie sie die Situation für die Betroffenen in der Region verbessern

„Richtig und wichtig ist zum Beispiel der Ansatz, dass die medizinischen Versorgungsangebote zwar die Versorgungslücken schließen, aber auch

eine Brückenfunktion mit dem Ziel übernehmen, den betroffenen Patientinnen und Patienten einen Weg in das medizinische Regelsystem zu ebnen.

Die neue eingerichtete ‚Clearingstelle Gesundheitsversorgung‘ wird daher die Aufgaben übernehmen, den oftmals ungeklärten sozialrechtlichen Status der Wohnungslosen herauszufinden und darüber mehr Möglichkeiten zur (Re-)Integration in Krankenkassen und das Gesundheitssystem zu schaffen. Das ist wichtig, denn es soll kein Parallelsystem entstehen, in dem die größtenteils ehrenamtlich organisierte und über Spenden finanzierte Sozialarbeit der freien Träger die Aufgaben der Gesundheitsversorgung und damit Aufgaben des Sozialstaates übernimmt“, stellt Elke Zach klar und weiter: „Besonders gelungen finde ich auch die Überlegung, einen Gesundheitsfonds nach Vorbild des Modellprojektes ‚Anonymer Krankenschein‘ einzuführen. Wie wir aus Gesprächen mit Medinetz e.V. Hannover erfahren haben, hat die Anzahl der medizinisch zu behandelnden Fälle, in denen eine notwendige medizinische Versorgung nicht über die Krankenkasse oder ein anderes Versorgungsangebot abgesichert ist, während der Corona-Pandemie stark zugenommen.“

Es ist unsere sozialpolitische Pflicht Papierlosen sowie Migrantinnen und Migranten ohne Versicherungsschutz, die häufig verdeckt, in prekären Lebensverhältnissen und ohne Wohnung leben, eine medizinische Grundversorgung bereitzustellen.

Zudem bereitet es den hannoverschen Krankenhäusern enorme jährliche verdeckte Kosten durch unbezahlte Krankenhausrechnungen, die durch Möglichkeiten einer präventiven hausärztlichen Versorgung für die Betroffenen deutlich minimiert werden könnten. Ein solcher Fonds ist daher sowohl aus sozialpolitischer als auch aus finanzpolitischer Sicht hochgradig sinnvoll“, stellt Elke Zach fest.

„Insgesamt sind die Eckpunkte, die die Verwaltung nach einem intensiven Austausch und in enger Kooperation mit Institutionen, Akteuren und Experten aus den Bereichen der Obdachlosenhilfe und der medizinischen Versorgung ausgearbeitet und nun auch vorgelegt hat, sehr überzeugend und stimmen mich optimistisch, dass die medizinische Versorgung von Menschen in Wohnungslosigkeit und prekären Lebenslagen von der Landeshauptstadt und der Region Hannover gemeinsam zukünftig noch professioneller und nachhaltiger sichergestellt wird, als bisher“, sagt Elke Zach abschließend.

Startschuss zur langfristigen Sicherung der „Natur- und Kulturhistorischen Bildungsstätte Grafhorn (NAKUBI)“ ist gelungen



Peter Heberlein | Umwelt-politischer Sprecher der SPD-Regionsfraktion

Mit einem Haushaltsbegleit-antrag hat die SPD-Regi-

onsfraktion bereits am 12. November 2020 ihren Willen zum Ausdruck gebracht, die notwendige Sanierung und Erweiterung des Naturfreundehauses Grafhorn voranzutreiben. Im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz konnten heute entsprechend 132.000 Euro Zuwendung für eine Machbarkeitsstudie beschlossen werden. „Ein gelungener Startschuss zur langfristigen Sicherung der „Natur- und Kulturhistorischen Bildungsstätte Grafhorn (NAKUBI)“ freut sich Peter Heberlein, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Regionsfraktion über den Beschluss.

„Das Naturfreundehaus Grafhorn verbindet in einzigartiger Weise Naherholung, Naturerlebnis und kulturhistorische Bildung für Kinder, Schulklassen und Familien“, zeigt sich Peter Heberlein begeistert. „Durch das Wegbrechen von Einnahmen während der Corona-Pandemie ist eine unverschuldete finanzielle Notlage für die NaturFreunde Lehrte e.V. entstanden und die Pläne einer Sanierung und Erweiterung des Herbergsgebäudes samt Räumlichkeiten für Bildungsmaßnahmen und Ausstellungen drohten zu scheitern. Für uns von der SPD-Regionsfraktion war schnell klar,

dass wir aushelfen und eine Förderung bereitstellen wollen. Deshalb haben wir, gemeinsam mit unserem Koalitionspartner, am 12. November 2020 einen entsprechenden Haushaltbegleit-antrag eingebracht. Mit der nun beschlossenen Zuwendung von 132.000 Euro ist unser Versprechen eingelöst und nun kann in einem ersten Schritt die Machbarkeitsstudie erstellt werden. Wir werden das Projekt und die Realisierung des Neubaus eng begleiten und damit sicherstellen, dass dies gut gelingen wird“, sagt abschließend Peter Heberlein.



Frank Straßburger | Verkehrs-politischer Sprecher der SPD-Regionsfraktion

Flächendeckendes WLAN in Bussen der regiobus-Flotte kommt

„Der Beschluss ist eine großartige Neuerung für einen zukunftsfest aufgestellten ÖPNV. Bereits dieses Jahr könnten die 190 Fahrzeuge von regiobus nachgerüstet werden und bis Mitte des nächsten Jahres dann auch die etwa 175 Fahrzeuge der Subunternehmen“, kommentiert Frank Straßburger, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Regionsfraktion.

Gelungene Verkehrswende braucht gute Verbindungen und Komfort

„Miteinemflächendeckenden WLAN in der Busflotte der regiobus stehen wir konsequent für einen modernen Nahverkehr. Wir wollen die Verkehrswende. Dazu gehören gute Verbindungen, aber auch entsprechender Komfort während der Fahrt. Man

muss die Möglichkeit zum Umstieg auf den ÖPNV, aber auch das Interesse dafür wecken. Das WLAN-Angebot ist hierfür meiner Überzeugung nach eine wichtige Voraussetzung, damit der Nahverkehr in der Region weiterhin attraktiv bleibt“, führt Frank Straßburger weiter aus.

Bahnhof Wunstorf bekommt WC-Anlage

Im Zuge der Sanierung des Bahnhofs Wunstorf soll in dem Gebäude eine eigene WC-Anlage eingerichtet werden. Im Verkehrsausschuss der Region Hannover wird am 6. Juli über eine Beteiligung an der Baumaßnahme von bis zu 50.000€ beraten. „Der Bahnhof Wunstorf hat eine enorme Bedeutung im Verkehrsnetz der Region: Durch die Überlagerung der Linien des Regional-Expresses und der S-Bahnen steigen hier pro Tag rund 13.000 Fahrgäste um.

Um zur Toilette zu gelangen, muss man das Bahnhofs-

gebäude verlassen und sich mittels einer App oder Karte Zugang zur Toilette am ZOB in Wunstorf verschaffen. Das ist vorsichtig gesagt nicht wirklich optimal und kann gerade für ältere oder mobilitätseingeschränkte Personen zu einem Problem werden. Wir unterstützen die Einrichtung einer Toilette im Bahnhofsgebäude und freuen uns, dass wir an dieser Stelle nun eine deutliche Verbesserung schaffen können!“, kommentiert Frank Straßburger, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Regionsfraktion das Bauvorhaben.

Möglichkeiten nutzen, Lebensqualität schaffen

Frauke Meyer-Grosu, Abgeordnete der SPD-Regionsfraktion aus Wunstorf, ergänzt: „Es ist ein unzumutbarer Zustand, im umsteigestärksten Regionalbahnhof der Region Hannover keine Toiletten vorzuhalten. Wir in Wunstorf fordern hier bereits seit über 20 Jahren eine WC-Anlage. Nun kommt endlich Bewegung in die Sache und die Erlaubnis, eine Toilette im Bahnhofsgebäude zu installieren. Dies geschieht sicher auch dank unserer Hartnäckigkeit in Wunstorf. Dass sich nun die Region Hanno-



Frauke Meyer-Grosu | SPD-Regionsabgeordnete aus Wunstorf

ver mit 50.000 Euro an der Umsetzung der Maßnahme beteiligt, ist ein gutes Beispiel der guten Zusammenarbeit zwischen den Regionskommunen und der Region Hannover.“

Die Hebammenzentrale Wir unterstützen werdende Familien in der Region Hannover

Durch den Hebammenmangel ist die Suche nach einer Hebamme für werdende Mütter und Väter oft sehr aufwendig. Um Unterstützung zu bieten, hat die SPD Fraktion maßgeblich daran mitgewirkt eine Hebammenzentrale einzurichten. Dadurch ist die Versorgung mit dieser Gesundheitsleistung

in der Region stark verbessert worden.

„Die Hebammenzentrale ist ein Gewinn für alle“, so die gleichstellungspolitische Sprecherin der Regionsfraktion, Cornelia Busch. „Dass sich Hebammen auf einem zentralen Portal registrieren können, vereinfacht Anmel-

dung und Suche enorm. Die Hebammen haben mehr Möglichkeiten zur Fort- und Weiterbildung: gut für sie - gut für die Hilfe- und Beratungsqualität“. Die SPD Fraktion wird diese wichtige Anlaufstelle auch weiterhin unterstützen!



Cornelia Busch | Gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Regionsfraktion

Weiterentwicklungen der Ausbildung bei der Region Hannover Demografische Auswirkungen berücksichtigen und Chancen eröffnen



Silke Gardlo | Vorsitzende der SPD-Regionsfraktion

Mit dem Beschluss des Ausschusses für Verwaltungsreform, Finanzen, Personal und Organisation der Druck-sache mit dem zunächst sehr einfach klingenden Titel „Ausbildung“, unterstreicht die Region Hannover ihre Verantwortung als moderne Verwaltung auch im Bereich der Ausbildung.

Dahinter verbirgt sich die Idee, sowohl den demographisch bedingten zukünftigen Bedarf an Mitarbeitenden in

der eigenen Regionsverwaltung vorausschauend durch mehr Ausbildung selber zu generieren und gleichzeitig in herausfordernden Zeiten noch mehr und breiter auszubilden, um jungen Menschen auf dem coronabedingt schwierigen Ausbildungsmarkt Chancen zu eröffnen.

„Die Pläne, noch mehr, breiter und qualitativ hochwertiger bei der Region Hannover auszubilden, unterstützen wir als SPD-Regionsfraktion

ausdrücklich“, so die Fraktionsvorsitzende, Silke Gardlo.

„Auch das Bestreben, jungen Menschen im Anschluss an ihre erfolgreiche Ausbildung eine Beschäftigungsmöglichkeit bieten zu wollen, ist sehr positiv zu bewerten. Wir sind uns sicher, dass dies zu einer weiteren Steigerung der Attraktivität der Region Hannover als Ausbildungsbetrieb und als Arbeitgeberin führen wird“.

Region Hannover ++ Die SPD-Fraktion unterwegs in der Region Hannover ++ Die SPD-Fraktion unterwegs

Besuch bei der Unterkunft für drogenabhängige Obdachlose (U.D.O.)

Elke Zach, die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Regionsfraktion hat am 21. Juli 2021 – gemeinsam mit den Mitgliedern der SPD-Ratsfraktion Hannover Florian Spiegelhauer und Dr. Jens Menge – die Unterkunft für drogenabhängige Obdachlose (U.D.O.) der Johanniter-Unfall-Hilfe besucht.

Dabei handelt es sich um eine niedrigschwellige 24-Stunden-Einrichtung der akzeptierenden Drogenhilfe, bei der nicht Therapie-Ansätze zum Entzug im Vordergrund stehen, sondern eine Verbesserung der Lebenssituation durch betreutes Wohnen

und bei gleichzeitiger Akzeptanz des Drogenkonsums erreicht werden soll.

Die Mitarbeitenden berichteten, wie sie ihre Arbeit mit viel Herzblut, klaren Regeln und Ansagen sowie guter Menschenkenntnis alltäglich bewältigen - Das hat uns sehr beeindruckt! Für alle Beteiligten stand nach dem Besuch fest, dass es eines zweiten dezentralen Standorts Hannovers bedarf, auch um für eine Entzerrung der Ansiedlung von Drogenabhängigen am Hauptbahnhof und damit im Zentrum Hannovers zu sorgen.



Informationsbesuch beim Kinder- und Jugendheim Waldhof

Am 13. Juli 2021 hat unsere AG Kinder und Jugend gemeinsam mit unseren Gästen Steffen Krach und Matthias Miersch den Waldhof in Barsinghausen besucht, um sich über die Arbeit der Jugendhilfeeinrichtung zu informieren. Das Angebot des Waldhofs reicht dabei von der stationären Inobhutnahme bis hin zur ambulanten Betreuung, die die Familien entlastet.

Am Ende des Termins waren wir uns einig: Der Waldhof arbeitet unermüdlich daran, dass es Kindern und Jugendlichen aus schwierigen Verhältnissen gut geht und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben gerade während der Pandemie unglaubliches geleistet.



Impressionen von der Regionsrundfahrt

Am 8. Juli 2021 fand die alljährliche Regionsrundfahrt statt. Die Besuche konzentrierten sich auf das Gebiet südlich von Hannover. Wir waren in Ronnenberg, Hemmingen und Laatzen. Vom neuen Betriebshofstandort für regiobus in Weetzen, über ein Biodiversitätsprojekt mit Wasserbüffeln, der Feuerwehrtechnischen Zentrale, Erziehungs- und Familienberatung, Stadtbahnhaltestellen, der Frauenberatungsstelle donnaclara uvm. ging es quer durch die Kommunen und Themen. Toll organisiert von der Regionsverwaltung haben wir viele interessante Einblicke in Regionsthemen bekommen.



Es ist immer sehr spannend, die im Regionshaus gefassten Beschlüsse dann auch in der Umsetzung kennen zu lernen.

Verkehrsthemen in Burgdorf

Am 6. Juli 2021 waren wir zu Besuch in Burgdorf und haben über die Radwegplanung der Region und andere Verkehrsthemen informiert. In Burgdorf werden in den nächsten Jahren eine ganze Reihe von Radwegen durch die Region erneuert, angefangen von der Ortsdurchfahrt Heeßel bis hin zur Sanierung der Ortsdurchfahrt

in Ramlingen. Es wird aber nicht nur saniert – etwa entlang der B188 und der K123 sind sogar komplette Neubauten geplant. Unser Ziel ist, dass wir durchweg ein gutes und zusammenhängendes Alltagsradwegnetz haben. Daneben haben wir auch noch über andere Themen, wie z.B. den S-Bahn Verkehr gesprochen.



Die SPD-Regionsfraktion beim Tag der Offenen Tür der Region Hannover

Am Sonntag, den 4. Juli 2021 hieß es im Regionshaus wieder „Tag der Offenen Tür“ und auch die SPD-Regionsfraktion war mit einem eigenen Stand dabei. Unter dem Motto „20 Jahre Region Hannover – 20 Jahre SPD-Regionsfraktion“ gab es viele Informationen rund um die Arbeit der SPD-Regionsfraktion und die Gelegenheit zum persönlichen Gespräch mit SPD-Regionsabgeordneten.



Austausch mit der Feuerwehr

Am 23. Juni 2021 haben sich Mitglieder AG Feuerchutz, Rettungswesen und Ordnungsangelegenheiten und die Fraktionsvorsitzende Silke Gardlo zu einem fachlichen Austausch mit den Vertretern der Freiwilligen Feuerwehr der Region Hannover getroffen.

Insgesamt zwei Stunden konstruktive Diskussion haben uns viel Input für unsere politische Arbeit mitgegeben und wir freuen uns, die Feuerwehr weiter zu unterstützen.



Informationsbesuch beim Wertstoffhof in Springe

In Springe wird kontrovers über den Um- bzw. Neubau des Wertstoffhofs Springe diskutiert. Heute waren Vertreter*innen der SPD-Regionsfraktion gemeinsam mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD-Stadtratsfraktion in Springe, Bastian Reinhardt, dem örtlichen Regionsabgeordneten Eberhard Brezski und Brian Baatzsch vor Ort zu Besuch, um den Wertstoffhof in Springe, wie auch die potenzielle Alternativfläche in Eldagsen zu besichtigen.

sprochen. Im Moment wird neben der Erweiterung des bestehenden Hofes auch als Alternativlösung ein Neubau in Eldagsen auf dem Gelände des regiobus-Betriebshofs diskutiert.“

Für beide Optionen offen

„Wir wollen uns vor Ort über die bestehenden Optionen informieren und ein Bild der beiden Flächen machen. Ein zukünftiger Wertstoffhof in Springe muss gut funktionieren, auf zukünftige Bedarfe bei der Entsorgung ausgerichtet und außerdem im Rahmen des Wirtschaftsplans umsetzbar sein. Hier sind aktuell 2,4 Millionen für die Baumaßnahme im Jahr 2022 hinterlegt. Außerdem ist uns wichtig, dass der Wertstoffhof gut von den Bürgerinnen und Bürgern angenommen wird. Für unsere weiteren Beratungen warten wir jetzt zunächst die Gutachten von aha zu

den alternativen Standorten mit Kostenschätzungen und ein Votum des Stadtrates in Springe ab. Eine Vorfestle-

gung auf einen der beiden Standorte werden wir daher nicht treffen“, ergänzt Wolfgang Toboldt.



Keine Privatisierung in der öffentlichen Daseinsvorsorge – SPD-Regionsfraktion besucht KRH Klinikum Lehrte und spricht über wohnortnahe Gesundheitsversorgung, den geplanten Neubau und die Pflege.

Am 17. Juni 2021 besuchten Mitglieder der SPD-Regionsfraktion Hannover das KRH Klinikum Lehrte und trafen sich mit der Geschäftsführung zu einem Informationsaustausch. Vom Klinikum Lehrte begrüßten Michael Born (Geschäftsführer Personal) und Ronald Gudath (Geschäftsführender und kaufmännischer Direktor) für die SPD-Regionsfraktion Horst Knoke, Christina Schlicker und Jürgen Buchholz.

Mit dabei waren als Gäste auch der Kandidat für das Amt des Regionspräsidenten, Steffen Krach und die örtliche Ratsfrau Helga Laube-Hoffmann. Aufgrund der herausfordernden Temperaturen fand das Gespräch im schattigen Außenbereich des Klinikums statt.

Im gemeinsamen Austausch wurde schnell deutlich, wie wichtig eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung mit hoher medizinischer Qualität ist. „Gerade die Coronakrise zeigt, wie wichtig es sei, Krankenhäuser wie das in Lehrte in öffentlicher Hand zu haben und zu behalten. Darum ist

für die SPD-Regionsfraktion auch der geplante Neubau der Geriatrie mit einer Anbindung an das Hauptgebäude und Platz für eine Tagesklinik, einen Reha-Bereich und eine Akutgeriatrie der richtige Weg, um am Standort Lehrte eine hochwertige und zukunftsfähige Gesundheitsversorgung sicherzustellen“, so Horst Knoke, der stellv. gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Regionsfraktion Hannover.

Der Fachkräftemangel in der Pflege ist auch für das Haus in Lehrte eine Herausforderung. Hier geht man über die Social-Media-Kanäle nun neue Wege und konnte die Zahl der Bewerbungen deutlich erhöhen.

Beim Thema Notaufnahme sei die Lage entspannter geworden. Die Einführung des auch von der SPD-Regionsfraktion maßgeblich unterstützten webbasierten „Interdisziplinäre Versorgungsnachweis (IVENA)“ ermögliche eine gute Patientensteuerung für die Rettungskräfte.

Gemeinsam mit Steffen Krach und Helga Laube-Hoffmann war man sich nach dem Besuch einig: „Mit der SPD wird es keine Privatisierungen bei

der öffentlichen Daseinsvorsorge – weder im Krankenhausbereich noch an anderer Stelle – geben“.



v. l.: Steffen Krach (Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung in Berlin und Kandidat für das Amt des Regionspräsidenten), Christina Schlicker (stellv. Fraktionsvorsitzende und Kandidatin für die Regionsversammlung), Jürgen Buchholz (Sprecher für Feuerschutz, Rettungswesen und allgemeine Ordnungsangelegenheiten), Helga Laube-Hoffmann (Ratsfrau in Lehrte und Kandidatin für die Regionsversammlung) und Horst Knoke (stellv. Sprecher für Soziales, Wohnungswesen und Gesundheit)

Besuch beim ÜSTRA-Betriebshof in Mittelfeld SPD-Regionsfraktion informiert sich nach dem Brand

Am 15. Juni 2021 besuchte die Vorsitzende der SPD-Regionsfraktion Hannover, Silke Gardlo, der verkehrspolitische Sprecher der Fraktion, Frank Straßburger und der Regionsabgeordnete Karsten Vogel den ÜSTRA-Betriebshof in Mittelfeld, um sich aus erster Hand über die Brandschäden zu informieren.

Dabei beeindruckte, wie professionell mit der Katastrophe umgegangen und dafür

gesorgt wurde, dass der ÖPNV in Hannover weiterhin reibungslos funktionierte.

Unser größter Dank geht auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ÜSTRA, die während des Brandes geholfen haben Busse aus anderen Abschnitten des Depots in Sicherheit zu fahren und die hierdurch Schlimmeres verhindert haben sowie allen Kräften der Feuerwehr und der Rettungsdienste.



Die SPD-Regionsfraktion Hannover informierte sich vor Ort zum Neubau des Krankenhauses in Großburgwedel

Großes Interesse am Neubau des Krankenhauses in Großburgwedel zeigten die vielen Mitglieder der SPD-Regionsfraktion Hannover und ihre Gäste, die am 9. Juni 2021, nach Großburgwedel gekommen waren.

Der örtliche SPD-Regionsabgeordnete Andreas Strauch freute sich, auch sowohl Regionspräsident Hauke Jagau, den Bürgermeister der Stadt Burgwedel Axel Düker sowie den Geschäftsführer des Klinikums Region Hannover GmbH, Dr. Matthias Bracht, begrüßen zu können.

In Ihrem Eingangsstatement machte die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Regionsfraktion Hannover, Elke Zach, nochmals deutlich, wie sehr sich die SPD-Regionsfraktion für den Neubau des Krankenhauses

in Großburgwedel eingesetzt hat und welche große Bedeutung Neubau und Standort für die Gesundheitsversorgung der Region Hannover haben.

Bürgermeister Axel Düker zeigte den Anwesenden Lage und Größe des ca. sechs ha großen Grundstücks, auf dem der Neubau des Krankenhauses erfolgen soll und hob besonders die hervorragende strategische und verkehrliche Anbindung hervor. Durch die Entwicklung eines nahegelegenen Wohngebietes mit bezahlbarem Wohnraum, auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des neuen Krankenhauses, könne so ein richtig gutes Quartier entwickelt werden.

Regionspräsident Hauke Jagau und Geschäftsführer Dr. Matthias Bracht erläuterten



in ihren Beiträgen die hohe Zukunftssicherheit für die gute Gesundheitsversorgung der Region Hannover, die der Neubau an diesem Standort mit sich brächte. Es wurde deutlich, dass es sich bei dem Neubau nicht um eine „neue Hülle um ein altes Krankenhaus“ handelt, sondern dass hier langfristig eine hochqualifizierte Versorgung entstehen. Mit der Ausrichtung nicht nur als Grund- und Regel-, sondern als Spezialversorger wird dies ein zukunftsfähiger Krankenhausstandort.

Die SPD-Regionsabgeordneten Elke Zach und Andreas Strauch waren sich einig: „Gerade Corona zeige, wie wichtig eine gute Gesundheitsversorgung ist und dass das Klinikum der Region Hannover in öffentlicher Hand hierbei unverzichtbar sei. Der am Standort in Großburgwedel geplante Neubau ist ein weiterer wichtiger Baustein, um die hochwertige und zukunftssichere Gesundheitsversorgung in der Region Hannover zu erhalten und auszubauen.“

Die AG Gleichstellung, Integration und demografischer Wandel besuchte die AWO

Am 7. Juni 2021 besuchte die AG Gleichstellung, Integration und demografischer Wandel den Vorstand der AWO Region Hannover. Aufgrund der geltenden Corona-Regelungen fand der Besuch mit ausreichend Abstand in der Deisterstraße 85 in Hannover statt. Als Gast war auch der Kandidat für das Amt des Regionspräsidenten, Steffen Krach, dabei.

Gemeinsam diskutierten die Teilnehmenden über die aktuelle Situation der AWO sowie die Auswirkungen der Pandemie. Kitaplätze und Pflege bleiben weiterhin Herausforderungen und die Unterstützung von Familien und die Ausbildung von Pflegepersonal sind damit auch zukünftig wichtige politische Themen.

Aber nicht nur Herausforderungen wurden erörtert – die

AWO ist seit 100 Jahren aktiv und in dieser Zeit ist viel passiert. Die Arbeitsfelder haben sich enorm erweitert – eine Vielzahl an Beratungsangeboten für alle Altersgruppen, Qualifizierungsangebote im beruflichen Bereich, Nachbarschaftsarbeit, Integrationsaufgaben und vieles mehr gehören zum breiten Angebot.

Die Sprecherin der AG Gleichstellung, Integration und demografischer Wandel der SPD-Regionsfraktion Hannover, Cornelia Busch, betont: „es ist großartig, dass die AWO ihren eigenen Anspruch als Wohlfahrtsverband stets gerecht wird und so viele Menschen erreicht. Wer Unterstützung benötigt findet diese mit Sicherheit bei der AWO. Wer sich selbst sozial engagieren möchte, kann auch das sehr gut bei der AWO tun. Für uns als



Regionsabgeordnete ist es wichtig, dass wir alle Menschen mit ihren Bedarfen und Bedürfnissen im Blick haben und gemeinsam mit Partnern diese Einstellung teilen, im Austausch stehen. Auch

zukünftig wird es einen Informationsaustausch der Abgeordneten mit dem Vorstand der AWO geben, um gemeinsam im Diskurs zu bleiben“.



Impressum

Herausgeberin:
SPD-Regionsfraktion Hannover
Hildesheimer Straße 20 | 30169 Hannover
fon: 0511/616 - 22192 | fax: 0511/616 - 22498
eMail: spd@regionsversammlung.de
www.spd-regionsfraktion-hannover.de
Verantwortlich: Silke Gardlo | Fraktionsvorsitzende

Bildnachweise:
Seite 11 AWO-Besuch: AWO Region Hannover |
Fotograf: Christian Degener
Alle Porträtaufnahmen: Rechte bei den Abgebildeten |
Fotos: Blickpunkt Photodesign, Bödeker
Alle weiteren Fotos: SPD-Regionsfraktion Hannover